

## **Politiker und Parteien haben das Wort:**

### **Steuererhöhungen sind kontraproduktiv**

Es waren vor allem Steuersenkungen, die Deutschland aus der Krise geholfen haben. Wir erinnern uns: 1999 sprach die ganze Welt über Deutschland vom „kranken Mann Europas“. Rot/Grün hatte nach der Bundestagswahl einen Fehlstart hingelegt. Die deutsche Wirtschaft war die schwächste in Europa. Die Arbeitslosigkeit überschritt die fünf Millionen Grenze. Erst die Steuersenkungen von 2002 von Rot/Grün haben geholfen, die Wirtschaft anzukurbeln, die Binnennachfrage zu stärken und die Arbeitslosigkeit zu senken. Deutschland konnte sich sogar wachstumsfördernde Steuersenkungen leisten, ohne seine öffentlichen Finanzen zu ruinieren. Es geht uns Deutschen ziemlich gut, aber wie lange das so bleibt, hängt von der Politik und den Wählern ab. Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen haben in ihren Wahlprogrammen massive Steuererhöhungen für die kommende Legislaturperiode vorgesehen. Sieben verschiedene Steuern sollen erhöht werden: Höhere Steuern auf Einkommen inklusive einer Absenkung der Einkommensgrenzen für den Spitzensteuersatz, Abschaffung des Ehegattensplittings, Ausweitung der Sozialversicherungsbeiträge für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, Wiedereinführung der Vermögensteuer, Verdoppelung der Erbschaftssteuer, höhere Abgeltungssteuer auf Zinserträge, Anhebung der Umsatzsteuer, Erhöhung der Körperschaftssteuer sowie Ausweitung der Gewerbesteuer - und das alles in einer Zeit, da die Niedrigzinspolitik der EZB die Renten und Ersparnisse der Bürger drastisch reduzieren wird. Viele Unternehmen und Bürger, die heute noch meinen, es trifft sie nicht, werden von den Rot/Grünen Steuererhöhungen betroffen sein. All das geschieht in einer Zeit, in der Steuereinnahmen bisher nicht gekannte Höchststände erreichen. Zur Begründung wird die angeblich soziale Ungerechtigkeit in diesem Land angeführt. Man plant mit diesen Steuererhöhungen eine andere Republik, in der Mittelstand und Mittelschicht für eine verfehlte Ausgabenpolitik zahlen sollen. In Wirklichkeit haben wir kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Über „Bürokratieabbau“, „Entschlackung des Arbeitsrechts“ und eine „weitere Anhebung des Renteneintrittsalters, dem demographischen Wandel geschuldet“ spricht keiner der Rot/Grünen mehr. Im Übrigen ist es heute schon Fakt, dass das obere Viertel der Einkommensbezieher für 85 Prozent der Einkommensteuer aufkommen und die unteren 40 Prozent dagegen fast gar keine Einkommensteuer zahlen. Von einer Steuer, die nur Millionäre belastet, kann keine Rede sein. Belastet würden auch gerade mittelständische Unternehmen, Handwerker, Facharbeiter und Lehrer sowie private Haus- und Wohnungseigentümer genauso wie die Altersvorsorge-Sparer. Eine Rezession unserer Wirtschaft unter Rot/Grün ist vorprogrammiert. Darum sind Steuererhöhungen kontraproduktiv.

Renate Tangermann, Vorsitzende CDU Ahrensburg